



Antwort zur Anfrage Nr. 1540/2018 der Stadtratsfraktion DIE LINKE. betreffend **Regionale Fallkonferenzen (DIE LINKE)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Plant die Stadtverwaltung weitere Gespräche, um regionale Fallkonferenzen ins Leben zu rufen. Wenn ja: Wann sollen diese stattfinden und wer soll daran teilnehmen.

Eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Landes hat sich mit der Thematik bereits vor einiger Zeit befasst. In diesem Zusammenhang ist das Land auch auf die Stadt Mainz zugekommen. Die Stadt Mainz hat sich unter der Voraussetzung gesprächsbereit gezeigt, dass sich sowohl das Land als auch alle rheinland-pfälzischen Kommunen an einer notwendigen Finanzierung von Hilfeleistungen beteiligen. Soweit der Stadt bekannt ist, gab es diesbezüglich keine Ergebnisse, weshalb die Arbeitsgruppe nicht weitergeführt wurde.

2. Besteht ein Zeitplan für eine Einrichtung von regionalen Fallkonferenzen.

Nein

3. Plant die Stadtverwaltung andere Schritte, um Menschen, die keine adäquate Gesundheitsversorgung erhalten können (z.B. weil keine Krankenversicherung vorhanden ist), zu unterstützen? Wenn ja: welche?

Die Verwaltung plant keine Aktivitäten. Soweit politisch an der bestehenden Situation etwas geändert werden soll, ist hier insbesondere der Bund in der Pflicht entsprechende Regelungen zu treffen. Darüber hinaus ist die Verwaltung nach wie vor bereit, Gespräche aufzunehmen, sofern die in der Antwort zu 1. geschilderten Rahmenbedingungen erfüllt sind. Hier sei jedoch darauf hingewiesen, dass Leistungen die außerhalb der gesetzlichen Regelungen erfolgen, sogenannte freiwillige Leistungen der Kommune sind, die unter besonderer Beachtung der Aufsichtsbehörde stehen.

4. Sieht die Stadtverwaltung Handlungsbedarf bei der Personengruppe, die beim Konzept der „regionalen Fallkonferenzen“ bedacht werden sollen.

Die Verwaltung sieht die Problematik für bestimmte Personengruppen. Bezüglich der Krankenversorgung kommt es vor, dass Ärzte und Kliniken mangels gesetzlicher Grundlage keine Erstattung der Behandlungskosten durch die öffentliche Hand erhalten. Hier sieht die Verwaltung dringenden Handlungsbedarf auf Bundesebene.

Mainz, 11.09.2018

gez. Lensch

Dr. Eckart Lensch

Beigeordneter